

- Eingegangen -  
27. Aug. 2020  
BMI-2



**Bund der Steuerzahler  
Nordrhein-Westfalen e.V.**

DER VORSITZENDE

Stadt Bergisch Gladbach  
Herrn Bürgermeister  
Lutz Urbach  
51439 Bergisch Gladbach

*09/30/19*

24. August 2020  
Berk

### Projekt Neubau eines Stadthauses in Bergisch Gladbach / Einrichtung eines Beirats

Sehr geehrter Herr Urbach,

vielen Dank für Ihren ausführlichen Brief zum Sachstand der Planungen des Stadthauses in Bergisch Gladbach.

Wir sind grundsätzlich bereit, in einem Beirat, der das Projekt fortan begleiten soll, mitzuwirken. Es ist noch zu klären, wie diese Mitwirkung konkret auszugestalten ist. Der bisherige Austausch fand überwiegend auf der Verwaltungsebene statt. So hat es auch die seinerzeit von Ihnen eingebrachte Vereinbarung ausdrücklich vorgesehen. Daneben haben wir an Sitzungen des politischen Lenkungskreises teilgenommen. Dazu erinnern wir uns an eine lebhafte Diskussion, in der wir beispielsweise die Verringerung von geplanten Gewerbeflächen forderten. Dies wurde im Projektverlauf auch berücksichtigt. Durch das Wettbewerbsverfahren ergaben sich für uns aber auch gewisse Zwänge. Unter anderem waren wir in dem Verfahren ohne Stimmrecht vertreten und es bestand Verschwiegenheitspflicht. Die an uns gestellten Erwartungen der Kommunalpolitiker, die sich erstmals durch das letzte Ausschussprotokoll offenbaren, konnten rückblickend in der gewählten Kooperationsform nicht erfüllt werden. Offensichtlich bestand zwischen den Beteiligten in Rat und Verwaltung in der Stadt Bergisch Gladbach sowie bei uns eine unterschiedliche Erwartungshaltung an die Projektbegleitung.

Aus unseren Erfahrungen bei der Recherche von Baukostenüberschreitungen regen wir stets eine detaillierte Planung von Bauprojekten an. Verkürzt gesagt, befürworten wir eine intensive Planungszeit, damit spätere Umplanungen mit einhergehenden häufig drastischen Kostensteigerungen möglichst vermieden werden. Diesen Fortschritt konnten wir für die bisherige Planung des Stadthauses von Bergisch Gladbach übrigens nachvollziehen. Für die politische Meinungsfindung können wir uns zukünftig die Einholung von Expertenwissen über einen Beirat grundsätzlich vorstellen.

Beiräte nehmen allerdings in aller Regel beratende Funktionen wahr. So sieht es nach unserem Verständnis auch der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 23. Juni 2020 vor. Danach sollen dem Beirat für das Projekt Stadthausneubau Bergisch Gladbach externe Fachleute aus den Gebieten Technik, Finanzen und Recht angehören. Aufgabe des Beirats sei, den Ausgleich der verschiedenen Interessen darzustellen sowie eine Überwachung der Kostenentwicklung in der Planungs- und Bauphase zu führen und direkt an das politische Gremium als Steuerungsinstanz zu berichten.

Aus den bisherigen Erfahrungen des Projektverlaufs möchten wir anregen, dem einzurichtenden Beirat eine gewisse Verbindlichkeit zu geben: Einwendungen und Vorschläge aus den Reihen des Beirats sollte mit politischen Beschlüssen begegnet werden. Die Installation eines „lediglich beratenden“ Beirats halten wir für nicht zielführend. Es liegt für einen Beirat zwar in der Natur der Sache, dass er überwiegend beratende Funktionen wahrnimmt. Gleichzeitig muss aber bei einem Projekt dieser Größenordnung sichergestellt sein, dass die Expertise den Entscheidungsträgern - und damit allen Ratsmitgliedern - auch zugänglich ist bzw. ein Experte sicher sein kann, dass seine Expertise „ankommt“. Die Erwartungshaltung sollte daher sowohl auf Seiten der politisch Handelnden als auch der externen Fachleute klar formuliert werden. Andernfalls drohen wiederholt Fehlinterpretationen wie oben beschrieben. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach sollte daher im Vorfeld klären und festlegen, welche konkreten Aufgaben und Kompetenzen der Beirat haben soll und diese zum Beispiel in einer Geschäftsordnung oder in einem Aufgabenkatalog „Pflichtenheft“ festschreiben. Dabei ist für uns selbstverständlich, dass der Rat der Stadt Bergisch Gladbach „Herr des Verfahrens“ bleibt.

Fraglich ist für uns, aus welchem Grund die Einrichtung einer politischen Steuerungsgruppe als Steuerungsinstanz des Projekts beschlossen wurde. Bisher gab es bereits einen politischen Lenkungskreis für das Projekt. Anstelle einer politischen Steuerungsgruppe bzw. eines politischen Lenkungskreises regen wir deshalb an, nach der Kommunalwahl 2020 die politische Steuerung in einem verbindlich benannten Ausschuss des Rates bzw. wegen ihrer Tragweite direkt beim Rat zu verankern. Weiterhin sollte das Rechnungsprüfungsamt zukünftig verbindlich in die Projektstruktur eingebunden werden und regelmäßig berichten. Dieses Procedere wäre idealerweise Bestandteil des zukünftigen Projektplans.

Wir wünschen viel Erfolg bei den weiteren Beratungen sowie Projektschritten und freuen uns, wenn Sie uns weiterhin über die Entwicklung auf dem Laufenden halten.

Mit freundlichen Grüßen

  
Rik Steinheuer